

Verkaufsgewinn versteuern

Der NZZ-Artikel über die Grundstück-gewinnsteuer liefert interessante Informationen, ein wichtiges Thema wird aber nicht erwähnt: der Wert vor 20 Jahren (NZZ 9. 12. 22). Langjährige Hauseigentümer können im Kanton Zürich beim Hausverkauf den Verkehrswert vor 20 Jahren bei den Anlagekosten einsetzen. Damit wird der Gewinn kleiner, und es muss eine geringere Steuer bezahlt werden. Dieser Verkehrswert vor 20 Jahren wird vom Steueramt berechnet.

Aktuelle Fälle aus Winterthur zeigen, dass der Verkehrswert vor 20 Jahren vom Steueramt häufig zu tief berechnet wird und der Hausverkäufer deswegen zu hohe Steuern bezahlen muss. In mehreren Fällen, in welchen der Hauseigentümer den vom Steueramt mitgeteilten Wert nicht akzeptierte, wurde die Grundstückgewinnsteuer substanziell reduziert. Dafür war jeweils kein Gerichtsverfahren notwendig, es reichte eine Intervention durch den Hauseigentümer.

Viele Hauseigentümer vertrauen dem Steueramt und glauben, dass die Berechnung korrekt ist. Wird jedoch der vom Steueramt mitgeteilte Wert gutgläubig übernommen, bezahlt der Hausverkäufer möglicherweise viel zu hohe Grundstückgewinnsteuern. Dieser Missstand muss behoben werden.

Ralph Bauert, Geschäftsführer Hauseigentümerverband Region Winterthur

Wirrwarr um die Heiratsstrafe?

Deutlich ist, dass das heutige System der Ehepaarbesteuerung von Vorteil ist für Einverdienerehen oder Zweiverdienerehen, die möglichst dicht beim 100/0-Modell bleiben, aber von Nachteil, je mehr die Eheleute sich dem 50/50-Modell nähern. Die Frage ist, welches Modell der Staat fördern soll (NZZ 7. 12. 22).

Das Bundesgericht hat sich kürzlich sehr deutlich gegen die Einverdienerehe ausgesprochen, wenn auch nur indirekt, weshalb die Botschaft noch nicht alle erreicht hat. Es hat nämlich das Recht von geschiedenen Frauen auf nachehelichen Unterhalt drastisch reduziert.

Von einer Frau, die vor dreissig Jahren mit ihrem Mann eine Einverdienerehe einging (wie damals üblich), wird jetzt erwartet, als über Fünfzigjährige auf dem Arbeitsmarkt eine Stelle zu suchen (und zu finden) – einem Arbeitsmarkt, an dem sie nie oder nur kurzfristig teilgenommen hat.

Wechseln wir vom individuellen zum makroökonomischen Niveau. Ein Beispiel: Es studieren bereits mehr Frauen als Männer Medizin. Bei dem herrschenden Ärztemangel ist es enttäuschend, dass diese teuer ausgebildeten Medizinerinnen, wenn sie heiraten, in Teilzeit arbeiten. Grössere Pensen rentieren eben kaum: Stichwort Heirats-

strafe (überhöhte Steuerprogression auf Zweiteinkommen, überhöhte Betreuungskosten, da in diesem Bereich die höheren Einkommen die tieferen direkt subventionieren).

Das Ehemodell, das in den dreissiger Jahren (und noch eine Zeitlang danach) durchaus vernünftig war, ist es jetzt nicht mehr.

Doris Edel, Uerikon

Berufsmaturanden an der Universität

In Ergänzung zum Artikel über den Studienerfolg von Berufsmaturanden mit Passerelle möchte ich als Autor der Studie noch Folgendes ergänzen: «Insbesondere ist zu prüfen, ob Berufs- und Fachmaturanden ein direkter Zugang zu einem universitären Lehrgang in ihrem Fachbereich ohne Passerelle gewährt werden kann» (NZZ 7. 12. 22). Das würde beispielsweise heissen, dass Berufsmaturanden der technisch-naturwissenschaftlichen Richtung prüfungsfrei zur Studienganggruppe «Exakte und Naturwissenschaften» zugelassen würden.

Aber gerade hier ist das Ergebnis meiner Studie ausnahmsweise negativ: Bei den Berufsmaturanden der technisch-naturwissenschaftlichen Richtung, die einen solchen Studiengang gewählt haben, ist die Abbruchquote mit 38 Prozent sehr hoch, obwohl ja alle die Passerelle-Prüfung bestanden haben.

Wenn man diese wegliesse, wie es die Motion fordert, wäre eine noch viel höhere Abbruchquote zu erwarten. Für die Behebung des Fachkräftemangels müssen andere, zielführende Lösungen gefunden werden.

Prof. Dr. Franz Eberle, Universität Zürich

Vergebliches Rütteln an der Zauberformel

Jetzt ist die Landesregierung wieder komplett: Die bisherige Geschlechterverteilung wie auch die Zauberformel für die Parteienvertretung bleiben (NZZ 8. 12. 22).

Im Rückblick lohnt es sich, auf die von den Grünen (GP) und kurz vor der Ersatzwahl auch von den Grünliberalen (GLP) thematisierte Änderung der bisherigen Zauberformel näher einzugehen. Bei diesem Wahlgang wäre eine «gerechtere» Verteilung mit je einem Sitz für die GP und die GLP zur Hälfte möglich gewesen. Laut deren Forderungen müsste der zweite SP-Sitz an die GP gehen, der zweite FDP-Sitz an die GLP.

Die GP wollte nicht antreten, obwohl ein SP-Rücktritt vorlag. Mangel an kampfbereiten Kandidatinnen? Oder Rücksicht auf die Bruderpartei? In einem Jahr bei der fälligen Gesamtenerneuerungswahl des Bundesrats wird das An-der-Zauberformel-Rütteln von neuem einsetzen.

Zahlen und Wähleranteile sind das eine, Realpolitik ist das andere. In der Politik gilt seit je: Wer etwas will, muss dafür kämpfen. Das erfuhren früher die Polparteien SP und SVP, denen ihre Bundesratssitze mitnichten einfach in den Schoss fielen.

Fazit nach der neuerlichen Ersatzwahl: Auch GP und GLP als relativ junge Parteien mit wechselnd erfolgreichen Wahlergebnissen werden kaum kampfflos in die Landesregierung einziehen können. Besonders wenn das erneuerte Bundesratsteam geschlossenere als bisher die Arbeit anpackt.

Silvio Bircher, ehemaliger National- und Regierungsrat (SP), Aarau

«Verbotspolitik in der Landwirtschaft»

Zurzeit findet in Montreal die 15. Unobiodiversitätskonferenz statt. Gleichzeitig bekämpfen die Landwirtschaftsverbände alle Bemühungen zur Linderung der ökologischen Krise. Sogar der Krieg in der Ukraine wird bemüht, um weitere Subventionen zur Erneuerung überholter Drainagen zu fordern oder um wertvolle Brachstreifen im Ackerbau zu verhindern (NZZ 12. 12. 22).

Ermutigt durch politische Erfolge und Allianzen, lautet das neue Credo: «Keine Verbotspolitik». Mit bedingungslosen landwirtschaftlichen Grundsubventionen würde die Schweiz demnach unabhängiger und sicherer. «Biodiversität» hat es zwar ins Vokabular der Landwirtschaft geschafft, aber noch keine Ane weiter.

Zur Illustration: Für die lukrative Beherbergung von 80 000 Schweizer Freizeitpferden werden heute 800 km² beansprucht, die auch für die Lebensmittelproduktion genutzt werden könnten. Ökologisch wichtige Verbesserungen mit einem Bruchteil an Flächenbedarf werden aber mit dem Argument der Ernährungssicherheit bekämpft. Niemand versucht, die gewerblichen Pferdepensionen zu verbieten. Offensichtlich ist aber: Freiheit allein richtet es nicht.

Andreas Schoellhorn, Winterthur

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780

Der Zürcher Zeitung 243. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Benno Mattli (bem.), Janique Weder (wej.).

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Marco Kauffmann Bossart (kam.), Werner J. Marti (wjim.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Meret Baumann (bam.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Ulrich von Schwerin (uvs.), Katrin Büchenbacher (k.b.), Pauline Voss (ine.), Corina Gall (cog.), Jonas Roth (jon.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.), Manuel Müller (mml.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Colombo (cov.), Simon Hehli (hhs.), Tobias Gafafar (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.), Kevin Capellini (kca.).

Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Georg Häslar Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.), David Biner (bin.).

Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Katja Baigger (bai.), Jan Hudec (jhu.), Claudia Rey (clr.), Raffaela Angstmann (ran.), Michail von Ledebur (mvl.), Niils Pfänder (nii.), Linda Koponen (lcp.), Zeno Geisseler (zge.), Isabel Heusser (heu.), Giorgio Scherrer (sgi.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Dieter Bachmann (dba.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Christoph Eisenring (cei.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Hansueli Schöchli (hus.), Benjamin Triebe (bet.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (hat.), Nelly Keusch (nel.).

Börse: Michael Ferber (feb.), Lorenz Honegger (hho.).

ChöfoKonom: Peter A. Fischer (pfi.), Philipp Wolf (phw.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Herbert Schmidt (hd.), Lukas Mäder (madr.), Ruth Fultner (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Esther Widmann (wde.).

Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rbl.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Wildhagen (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Andreas Scheiner (sca.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (pbh.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Christof Krapf (krp.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Florian Schoop (sct.), Esther Rüdiger (eru.).

Reporter: Marcel Gyr (-yr.), Anja Jardine (jar.), Michael Schilliger (msl.), Katharina Bracher (brk.).

Nachrichten: Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kki.), Gian Andrea Marti (gam.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Melchior Poppe (pop.), Tili Minder (til.), Jacqueline Lipp (ljp.).

Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Philipp Gallmer (phg.), Ferdinand Knapp (FK.), Severin Pomsel (spo.), Marit Langschwager (mls.).

Community: Anja Grünfelder (ang.).

Podcast: David Vogel (dv.), Nadine Landert (lna.), Marlen Oehler (oe.), Sebastian Panholzer (sep.).

Audience Management: Dominik Batz (btz.), Jonas Holenstein (jho.).

Thierry Figini (tfti.), Jenni Thier (thy.), Martin Arnold (maa.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xco.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelén (jok.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Charlotte Eckstein (eck.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sah.), Eike Hopmann (eik.), Simon Huwiler (shu.), Manuela Paganini (mpa.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Roland Shaw (sro.), Cian Jochem (cia.), Daniel Beljan (beb.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), Jasmine Rueegg (jmr.), Jörg Walch (jwa.), Isabelle Pfister (ipf.), Jasmine Jacot-Descombes (tja.), Nicole Krättli (kra.), Pascal Burkhard (bup.), Damita Pressl (dam.), Florentin Erb (erf.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Christoph Fisch (cf.), Lucie Paška (lpa.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Manuela Kessler (mk.), Roland Tallenbach (rtal.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hütschmid (phh.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bbr.), Ildi Ózsalp (iil.), Lisa Leonardy (lil.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratzwohl (grg.), Nicole Aebly (nae.), Rahel Arnold (raa.), Martin Benz (brz.), Dominic Nahr (dna.), Dario Veréb (dve.), Julie Lovens (lou.).

Fotografen: Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).

Korrektorat: Natascha Fischer.

TRIBÜNE

Neutralität darf nicht das Völkerrecht aushebeln

Gastkommentar

von DANIEL URECH und MARTIN OBERHOLZER

Seit dem Einmarsch der Armee Russlands in die Ukraine wird von einer «Zeitenwende» gesprochen. Diese Zeitenwende besteht aus zwei Dingen: aus der Einsicht, dass wir gezwungen sind, den Blick aus der Vergangenheit heraus in die Gegenwart zu richten und aus der unangenehmen Einsicht, dass es keine Politik gibt, ohne zwischen Freund und Feind zu unterscheiden (Konrad Paul Liessmann).

Der Ukraine-Krieg zwingt die Schweiz, einerseits ihre Verpflichtung als Uno-Mitglied wahrzunehmen, andererseits die Vorgaben ihrer dauernden Neutralität zu prüfen. Die Uno-Charta hat den Zweck, den Frieden unter den Völkern zu wahren und dem dafür festgelegten Völkerrecht Beachtung zu verschaffen. Ein Bruch des Völkerrechts kann nicht hingenommen werden, auch von der Schweiz nicht. Denn wirtschaftliche Sanktionen allein reichen nicht aus, um Recht wiederherzustellen.

Nach einer sorgfältigen Analyse der Situation kommen wir zum Schluss, dass der Bundesrat falsch gehandelt hat, als er sich weigerte, auf den Antrag Deutschlands einzutreten und auf die Nichtwiederausfuhr-Erklärung Deutschlands für bezogenes Kriegsmaterial zu verzichten. Hierzu vier Begründungen.

Erstens hat der Bundesrat selber festgehalten, dass die Schweizer Kriegsmaterialgesetzgebung deutlich strenger ist als das Neutralitätsrecht. Der Verweigerung einer Wiederausfuhr von Schweizer Munition durch Deutschland steht somit nicht primär das Neutralitätsrecht im Wege, sondern das Bundesgesetz über das Kriegsmaterialgesetz (KMG).

Zweitens erlaubt das KMG dem Bundesrat an zwei Stellen, die Nichtwiederausfuhr-Erklärung Deutschlands zu widerrufen. In Artikel 18, Absatz 1 steht: «In der Regel kann eine Ausfuhrbewilligung nur erteilt werden, wenn es sich um die Lieferung an eine ausländische Regierung oder an eine für diese tätige Unternehmung handelt, und wenn eine Erklärung dieser Regierung vorliegt, dass das Material nicht wieder ausgeführt wird (Nichtwiederausfuhr-Erklärung).» In Artikel 19, Absatz 2 steht: «Wenn ausserordentliche Umstände es erfordern, können sie (die Bewilligungen, Autoren) suspendiert oder widerrufen werden.» Die Formulierung «In der Regel» bedeutet konkret, dass Ausnahmen möglich sind. Es wäre unter den erwähnten Tatsachen ein Leichtes, diese ausserordentlichen Umstände zu definieren. Das kann mit Artikel 51 der Uno-Charta geschehen und mit der vom Bundesrat abgegebenen Erklärung zur Uno-Politik von 2014.

Drittens: Das Neutralitätsrecht (gemäss Haager Konvention von 1907) verbietet einem Land, welches das Kriegsmaterial von der Schweiz erworben hat, nicht, das Kriegsmaterial weiterzuexportieren. Die Nichtwiederausfuhr-Erklärung im KMG ist Ausdruck einer nicht umfassend reflektierten und extensiven Neutralitätspolitik. Die Schweizer Neutralitätspolitik ist nicht in Stein gemeisselt. Sie ist immer verpflichtet, auch die Rechtsgüter der Uno-Charta zu gewichten. Die Neutralitätspolitik darf nicht auf einem Auge erblinden.

Viertens: Die Schweiz hat als Mitglied der Uno das Recht und die Pflicht, sich an Massnahmen zur Wiederherstellung der kollektiven Sicherheit, wie sie in der Uno-Charta festgelegt sind, zu beteiligen. Dies besonders dann, wenn ein Staat einen Angriffskrieg erleidet und zur Selbstverteidigung greift. Die Vereinten Nationen sprechen dem angegriffenen Staat das Recht zur Selbstverteidigung uneingeschränkt zu. Das KMG muss vom Bundesrat somit völkerrechtskonform ausgelegt werden, wenn der Bundesrat richtig handeln und Verantwortung übernehmen will.

Die Guten Dienste der Schweiz alleine schaffen kein Recht, sondern nur Anerkennung. Wenn Verantwortung für das Völkerrecht nur als eine Offerte für Gute Dienste interpretiert würde, würde das Völkerrecht für die Schweiz zur Makulatur.

Daniel Urech ist Leiter, Martin Oberholzer Mitglied der Strategieguppe der Vereinigung Pro Militia.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). **London:** Niklaus Nuspliger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), Jonas Hermann (jsh.), René Höltschi (Ht.), Alexander Kissler (kis.), Oliver Maksin (oma.), Fatina Keilani (kei.), Susann Kreuzmann (sk.), Rewert Hoffer (rew.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahrtz (slz.). **Rom:** Luzi Bernet (lbz.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Minssen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). **Stockholm:** Rudolf Hermann (ruh.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinworth (DSt.), Kalina Oroschakoff (oro.). **Moskau:** Markus Ackerer (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Beirut:** Daniel Böhm (dan.). **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Seoul:** Matthias Müller (Mue.). **Taipeh:** Patrick Zoll (paz.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Shenzhen:** Matthias Sander (msa.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Washington:** Christian Weisflog (ws.). **Chicago:** David Signer (ds.). **New York:** Christof Leisinger (cri.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Rio de Janeiro:** Thomas Milz (mit.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Jonas Projer (jp.).

NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.).

NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch. Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch, www.nzz.ch/faq.

Inserate: NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)

NZZ Print & Digital: 847 Fr. (12 Monate), 77 Fr. (1 Monat).

NZZ Digital Plus: 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).

NZZ Wochenende Print: 374 Fr. (12 Monate), 34 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print & Digital: 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

NZZ Kombi Print & Digital: 949 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 2. 2022.

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2022.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptlier